



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Familienbetriebe durch konkrete Maßnahmen stärken

Der Landtag wolle beschließen:

Im Juni hat EU-Agrarkommissar Phil Hogan die neue EU-Agrarpolitik vorgestellt. Dabei sind Kürzungen zu befürchten. Um die bayrische Landwirtschaft nachhaltig zu erhalten, müssen diese Kürzungen mit allen Mitteln verhindert werden.

Die Staatsregierung wird aufgefordert:

Die Mittel der ersten und zweiten Säule müssen auf bisherigem Niveau erhalten bleiben. Die Staatsregierung wird in diesem Zusammenhang an die Aussage von Ministerpräsident Dr. Markus Söder, der einen Ausgleich Bayerns bei möglichen Kürzungen in Aussicht gestellt hat, erinnert.

Das Prinzip „Freiwilligkeit vor Ordnungsrecht“ hat sich bewährt, deshalb muss es Agrarumweltmaßnahmen, Naturschutzmaßnahmen, Umwelt- und Klimaschutz, Tierwohl und weitere klare Finanzierungsoptionen geben.

Die Besserstellung der ersten Hektare sind auszubauen, dabei ist auf die Besonderheiten in der bundesdeutschen Agrarpolitik einzugehen: Nord- und ostdeutsche Bauern werden das nicht so einfach hinnehmen.

Die Bürokratie für die landwirtschaftlichen Betriebe hat ein nicht mehr hinzunehmendes Ausmaß erreicht. Das abzubauen ist zwar folgerichtig, aber längst überfällig.

Begründung:

Die bayerischen Betriebe stehen zunehmend unter Druck, ein Fortbestehen der bisherigen Politik würde die noch gesunde Struktur bayerischer Betriebe nachhaltig zerstören, die Nachjustierung ist überfällig.

Die Folgen der jetzigen EU-Vorschläge würden bayerische Betriebe von jeglicher Wettbewerbsfähigkeit ausschließen.